Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7316**

16. Wahlperiode 27. 11. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Alexander Bonde, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Anja Hajduk, Anna Lührmann, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Dr. Uschi Eid, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6419, 16/6423 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

Internationale Organisationen stärken – Verzögerungen bei der Auszahlung freiwilliger Beiträge Deutschlands vermeiden.

I. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ihm einen mit dem Bundesrechnungshof abgestimmten Bericht vorzulegen, wie künftig sämtliche freiwilligen Beiträge an Internationale Organisationen aus dem Einzelplan 05 und dem Einzelplan 23 bewertet werden sollen („Evaluierung“) und welche Konsequenzen die Bundesregierung aus den Ergebnissen für die Leistungen von freiwilligen Beiträgen im Einzelfall zieht;

2. den auch vom Haushaltsausschuss angeforderten Bericht schnellstmöglich vorzulegen um einen Vollzug der vom Ausschuss am 14. November 2007 verhängten umstrittenen Sperre zu vermeiden. Vom Haushaltsausschuss erwarten wir eine konstruktive Mitarbeit und Kompromissbereitschaft um Verzögerungen bei den Auszahlungen und Nachteile der deutschen Position in Internationalen Organisationen zu vermeiden.

II. Internationale Organisationen sind ein wichtiges Instrument bei humanitärer Hilfe, Förderung der Menschenrechte, Krisenprävention, Konfliktbewältigung, der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit und vielem mehr. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zu multilateralem Handeln und freiwilligen Beiträgen. Gerade deshalb sind uns Evaluierungen als Entscheidungsgrund-

lage für den Deutschen Bundestag wichtig. Die notwendige Forderung nach Evaluierung darf jedoch nicht zu einer Verzögerung der Leistung von Beiträgen führen. Wir sind überzeugt: Durch schnelles Handeln der Bundesregierung und konstruktive Begleitung des Haushaltsausschusses lässt sich das verhindern und verständlicherweise bestehende Befürchtungen bei Internationalen Organisationen, Aktivisten und Nichtregierungsorganisationen ausräumen.

Berlin, den 27. November 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333